

QUARTALSBERICHT

Projektland: Slowakei

Quartal/Jahr: IV/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Der Bruch der Regierungskoalition**
2. **"Gorilla" - Korruptionsskandal oder gefälschte Akten?**

1. Der Bruch der Regierungskoalition

Der Abstimmung am 12. Oktober im slowakischen Parlament waren wochenlange Streitigkeiten in der Regierungskoalition und zuletzt mit der Partei SaS (= Freiheit und Solidarität) vorangegangen. Jeglicher Versuch, die Blockadehaltung des Parlamentsvorsitzenden Richard Sulík und seiner SaS bei der Zustimmung zum Eurorettungsschirm aufzubrechen, misslang. Allen Anschein hatte Ministerpräsidentin Iveta Radičová noch damit gerechnet, als sie sich entschloss, die Vertrauensfrage zu stellen. Jeder der vier Koalitionspartner hatte trotz verschiedenster Differenzen immer wieder zueinander gefunden, wenn es um die Fortsetzung der Regierungsarbeit der seit rund zehn Monaten amtierenden Koalition aus KDH, SDKÚ-DS, SaS und MOST-HÍD ging. Sulík, hatte sich mit seiner zunehmend Euro-skeptischen Haltung, die sich zunächst nur gegen die Solidarität mit Griechenland richtete, in einen regelrechten Euroskeptiker bzw. Eurokritiker gewandelt. Allerdings führte sein beständiges Nein zum Eurorettungsschirm schon bald dazu, dass er ohne Gesichtsverlust nicht mehr seine Meinung hätte ändern können. Nach stundenlangen Debatten knüpfte Ministerpräsidentin Radičová die Vertrauensfrage an die Abstimmung der Slowakei über den Rettungsschirm. So kam es, dass Sulík seine Zustimmung verweigerte und letztlich die Regierung zu Fall brachte. Damit stand die Slowakei als einziger Verweigerer zum Eurorettungsschirm da. Nach dem negativen Votum bei der Vertrauensfrage kündigte Radičová Neuwahlen an und erfüllte somit die Hauptforderung der linken Opposition SMER (= Richtung). Ihr Vorsitzender, der frühere Ministerpräsident Robert Fico hatte schon im Spätsommer angeboten, die Abstimmung über den Rettungsschirm mit den Stimmen seiner Partei zu unterstützen, aber nur, wenn die Regierung zurücktritt und Neuwahlen ausschreibt. Die anschließende Abstimmung erbrachte dann auch die erforderliche Mehrheit für den Eurorettungsschirm. Die Slowakei war das letzte der 17 Länder, das dem Rettungsplan noch zustimmen sollte.

Den Rücktritt der Regierung Radičová nahm Staatspräsident Gašparovič wegen den Bestimmungen in der Verfassung erst am 25. Oktober an. Die vorangegangene Sondierung ergab, dass Robert Fico die Übernahme der Regierungsgeschäfte nicht wollte und somit nur die alte Regierung übrig blieb. In einem Eilverfahren wurde am 21. Oktober noch die Verfassung geändert, um die alte Regierung als geschäftsführende Regierung bis zu den Wahlen wieder einsetzen zu können, was bislang nicht möglich war. Allerdings wurde gleichzeitig die Kompetenz einer geschäftsführenden Regierung leicht beschnitten. Die vorgezogenen Wahlen finden am 10. März 2012 statt. Die alte Regierung musste noch einen vorläufigen Haushalt aufstellen, der bereits jetzt schon eines der Hauptangriffsziele von Robert Fico ist, da er von Einsparungen geprägt sein wird. Durch die Ablehnung der Regierungsverantwortung hat sich Fico taktisch klug verhalten, alle bei den Wählern unbeliebten Maßnahmen der geschäftsführenden Regierung spielen ihm in die Hände.

Die geschäftsführende Regierung hat nun die undankbare Aufgabe, den Sparkurs weiterfahren zu müssen und bietet damit SMER genügend Angriffsfläche im Bereich der Sozialpolitik. Die Wirtschaftsdaten sind nicht berauschend und die Ergebnisse der derzeitigen ausländischen Direktinvestitionen werden erst im Frühjahr nach den Wahlen sichtbar. Die geschäftsführende Regierung war kaum zwei Tage im Amt, der Wahltermin noch viereinhalb Monate entfernt, da rankten sich schon die ersten Gerüchte, wer denn nun mit wem eine Koalition eingehen könnte. Derzeit erreicht auch der in den Umfragen weit vorne liegende Robert Fico mit seiner SMER nicht die absolute Mehrheit. MOST-HÍD und MKP haben bereits erklärt, sich nicht als Mehrheitsbeschaffer zur Verfügung zu stellen. Wie sich SDKÚ-DS oder KDH verhalten werden, ist noch unklar, da auch eine Art große Koalition denkbar wäre und es diese in der Vergangenheit schon gab.

2. "Gorilla" - Korruptionsskandal oder gefälschte Akten?

Kurz vor Weihnachten wurden im Internet Berichte unter dem Namen "Gorilla" veröffentlicht. Dabei soll es sich um Akten des slowakischen Geheimdienstes SIS handeln, der den Einfluss der Penta Finanzgruppe auf die slowakische Politik in den Jahren 2005 bis 2006 beleuchtet. Dieser Zeitraum fällt in die zweite Amtszeit des derzeitigen Außenministers und damaligen Premierminister Mikláš Dzurinda. Den Berichten zufolge sollen Gespräche von Jaroslav Haščák, der Miteigentümer der Penta ist, über seine Beziehungen zu führenden Politikern der Slowakei und die finanziellen Verwicklungen abgehört worden sein. Obwohl die Echtheit der Akten noch nicht einwandfrei bestätigt ist, gibt es nachvollziehbare Wege der Akten. Von November 2010 bis Juli 2011 hat sich die Antikorruptionsbehörde mit der Angelegenheit beschäftigt. Im September hat der Militärstaatsanwalt den Fall übernommen und die Akten geschlossen. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Fall durch die Veröffentlichung der Akten wieder aufgerollt wird und dann Verantwortliche ihren Hut nehmen müssen. Der Generalstaatsanwalt hat gleich nach dem Neujahrstag den Fall an sich gezogen und ermittelt nun. Der gegenwärtige Wirtschaftsminister Juraj Miškov, der der Partei SaS von Richard Sulík angehört, rief Premierministerin Iveta Radičová auf, die Direktorin des Nationalen Treuhandfonds Anna Bubeníková, die für die Partei

SDKÚ-DS im März kandidiert, sofort zu entlassen. Sie soll als Strohmännchen für Jaroslav Haščák bei Geschäftsverbindungen zwischen dem Nationalen Treuhandfond und der Penta Finanzgruppe gedient haben, wo sie schon 2005 gearbeitet hatte. Miškov sagte selbst, dass seine Partei den Inhalt der Akten bereits vor den Parlamentswahlen 2010 kannte, aber keine Strafanzeige erstattete, da dies bereits ein investigativer Journalist getan haben soll. Im Zentrum der Angelegenheit steht der ehemalige Wirtschaftsminister Jirko Malchárek von der nicht mehr aktiven Partei Neue Bürgerallianz und einige andere Mitglieder der linken Partei SMER. Dies könnte erklären, warum nach dem Regierungswechsel 2006, als SMER an die Macht kam, bis 2010 keine weiteren Schritte unternommen wurden. Im politischen Pressburg sorgte der Fall für ein Rauschen im Blätterwald. So kurz vor den Parlamentswahlen könnte die Angelegenheit zu einem weiteren Glaubwürdigkeitsverlust der etablierten Parteien führen und extremen Kräften vermehrt Zulauf bringen oder generell der Politikverdrossenheit Vorschub leisten.

Ulrich Kleppmann

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Budapest, Ungarn.

IMPRESSUM

Erstellt: 09.01.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de